



Detailansicht des Registereintrags

NAJU (Naturschutzjugend im NABU)

Aktuell seit 28.07.2026 11:45:15

Jugendverband (mit eigener Betriebs- und Steuernummer)

Registernummer:	R002640
Ersteintrag:	02.03.2022
Letzte Änderung:	28.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	28.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: NAJU Charitéstraße 3 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49306521375210 E-Mail-Adressen: naju@naju.de manuel.tacke@nabu.de hanna.thon@nabu.de Webseiten: <u>www.NAJU.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,25

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Manuel Tacke**

Funktion: Bundesgeschäftsführer Politik

2. Inga Fink

Funktion: Bundesjugendsprecherin der NAJU (ehrenamtlich)

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (12):**1. Jana Gronau****2. Janina Rüther****3. Hannah Rosenbaum****4. Jorre Hasler****5. Lea-Annabell Schneider****6. Isabel Fischer****7. Janna Ouedraogo****8. Nika Zander****9. Paula Münster****10. Jonas Faßbender****11. Manuel Tacke****12. Inga Fink****Gesamtzahl der Mitglieder:**

125.001 Mitglieder am 31.12.2023, davon:

125.000 natürliche Personen

1 juristische Person, Personengesellschaft oder sonstige Organisation

Mitgliedschaften (5):**1. Klima-Allianz Deutschland****2. Deutscher Bundesjugendring****3. Youth and Environment Europe (YEE)****4. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe****5. Bündnis ZukunftsBildung**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):

Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Wahlrecht; Allgemeine Energiepolitik; Erneuerbare Energien; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Kinder- und Jugendpolitik; Gesundheitsförderung; Extremismusbekämpfung; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Recht"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die NAJU (Naturschutzjugend im NABU) ist die unabhängige, gemeinnützige Jugendorganisation des NABU und deutschlandweit der größte Kinder- und Jugendverband im Natur- und Umweltschutz. Die NAJU begleitet umweltpolitische Prozesse kritisch und aus junger Perspektive mit Aktionen, Kampagnen, Diskussionen und Forderungen und verleiht der jungen Generation eine Stimme. Ihre landes- und bundesweiten Arbeitskreise setzen sich unter anderem für eine sozialverträgliche Wende hin zu erneuerbaren Energien, eine ökologische Landwirtschaft sowie den Schutz des Klimas und der Biodiversität ein. Dazu sucht die NAJU auch über Bündnisse und Netzwerke den Kontakt zu politischen Mandatsträger*innen, z.B. auf internationalen Konferenzen (Klima- und CBD COP). Insbesondere mit jungen Vertreter*innen aus den Jugendorganisationen und jungen Politiker*innen wird der Austausch gesucht.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. Kinder- und Jugendplan des Bundes

Beschreibung:

Die NAJU setzt sich für eine Verstetigung und Dynamisierung des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) ein. Konkret soll eine langfristige finanzielle und strukturelle Absicherung des Programms gewährleistet und den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen sowie den Bedürfnissen junger Menschen angepasst werden. Das Vorhaben zielt darauf ab, den KJP kontinuierlich und flexibel an die Herausforderungen der Jugendpolitik anzupassen, um eine nachhaltige Förderung von Kindern und Jugendlichen zu sichern.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2503310249 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2504020026** (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **Abschaffung der Schuldenbremse**

Beschreibung:

Die Schuldenbremse im Grundgesetz soll für eine nachhaltige und generationengerechte Fiskalpolitik abgeschafft werden.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503310281** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **Prüfung der AfD auf ihre Verfassungsmäßigkeit**

Beschreibung:

Die NAJU fordert mit anderen Verbänden die Bundesregierung, den Bundestag sowie den Bundesrat dazu auf, beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der AfD gem. Art. 21 Abs. 2 GG zu beantragen. Dazu müssen jetzt durch Bund und Länder bzw. die zuständigen Behörden die notwendigen Schritte eingeleitet werden und Materialien, die die Verfassungswidrigkeit der AfD belegen, gesammelt werden. Unabhängig davon müssen die Landesregierungen im Rahmen des § 43 Abs. 2 BVerfGG gesetzlich ermächtigt werden, ein Parteiverbotsverfahren gegen einen Landesverband auch dann zu beantragen können, wenn diese Partei ihre Organisation nicht nur auf das Gebiet des jeweiligen Landes beschränkt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13750 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Antrag auf Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der "Alternative für Deutschland" gemäß Artikel 21 Absatz 2, 3 und 4 des Grundgesetzes i. V. m. § 13 Nummer 2 und 2a, den §§ 43 ff. des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]; BVerfGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

4. **Absenkung des Wahlalters zur Wahl des Deutschen Bundestages**

Beschreibung:

Absenkung des aktiven
Wahlrechts auf 0 Jahre. Kinder und Jugendliche dürfen ab dem Zeitpunkt wählen gehen, ab dem sie sich
aktiv dafür entscheiden und selber in der Lage sind die Wahl auszuführen.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Wahlrecht [alle RV hierzu]

5. **Rechtsanspruch Freiwilligendienste**

Beschreibung:

Es soll ein Rechtsanspruch für einen Freiwilligendienst eingeführt werden und dieser mit entsprechenden Haushaltsmitteln hinterlegt werden

Betroffenes geltendes Recht:

BFDG [alle RV hierzu]; JFDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504020027** (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **Finanzierungs- und Planungssicherheit für das Deutschlandticket und Angebote im öffentlichen Personennahverkehr**

Beschreibung:

Wir setzen uns für die langfristige Finanzierung und den Erhalt des Deutschlandtickets als bundesweit gültiges, bezahlbares Nahverkehrsticket ein. Dies umfasst die Absicherung der Bundesmittel im Rahmen des Zehnten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes (Drucksache 20/12773) sowie eine nachhaltige Finanzierungsperspektive für die kommenden Jahre.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12773 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14304 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 20/12773, 20/13168, 20/13328

Nr. 14 - Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

RegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2504020018 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2504020028 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Bildungssystem

Beschreibung:

Wir setzen uns für die verbindliche Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den Lehr- und Bildungsplänen aller Schulformen sowie in der Lehrkräfteausbildung ein. Dies umfasst die Umsetzung der nationalen und internationalen BNE-Strategien sowie die strukturelle Förderung außerschulischer Lernorte und zivilgesellschaftlicher Akteure im Bildungssystem.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]; BBiG 2005 [alle RV hierzu]; UIG 2005 [alle RV hierzu]; BAföG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2504020017 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2504020029 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. Anpassung des Klimaschutzgesetz

Beschreibung:

Die NAJU setzt sich für einen wirksamen Klimaschutz ein, der die Interessen junger Menschen und zukünftiger Generationen konsequent berücksichtigt und sozial gerecht gestaltet wird. Politische Maßnahmen müssen mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens vereinbar sein. Dabei kommt dem Bundes-Klimaschutzgesetz eine zentrale Bedeutung zu. Die Änderungen des Bundes-Klimaschutzgesetzes aus dem Jahr 2024 betrachtet die NAJU kritisch, insbesondere die Abschwächung der sektorspezifischen Verantwortlichkeiten. Aus Sicht der NAJU braucht es verbindliche und wirksame Maßnahmen, damit Deutschland seine Klimaziele in allen relevanten Bereichen erreicht und seiner Verantwortung für künftige Generationen gerecht wird.

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

9. Einführung eines bundesweiten, ganzjährigen Verbots des Verkaufs und der privaten Verwendung von Pyrotechnik der Kategorie F2.

Beschreibung:

Die NAJU setzt sich für ein bundesweites, ganzjähriges Verbot des Verkaufs und der privaten Verwendung von Feuerwerkskörpern der Kategorie F2 ein. Ziel ist es, Belastungen für Natur, Umwelt und Wildtiere sowie Gefahren für Menschen zu reduzieren. Hierfür soll die Erste

Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV) entsprechend geändert werden. Die Umsetzung der Regelung soll zeitnah erfolgen.

Betroffenes geltendes Recht:

SprengV 1 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

10. **Weiterentwicklung des EU-Klimagesetzes und Anpassung der klima- und energiepolitischen Instrumente zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050.**

Beschreibung:

Die NAJU setzt sich dafür ein, die europäische Klima- und Energiepolitik konsequent auf das Ziel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 90 % bis 2040 sowie auf die Erreichung der Klimaneutralität bis spätestens 2050 auszurichten. Sie spricht sich für einen verbindlichen Ausstieg aus fossilen Energien, den Ausbau erneuerbarer Energien, eine stärkere Energieeffizienz sowie eine Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs aus. Zudem wird die Fortführung und Weiterentwicklung zentraler Instrumente des Europäischen Green Deal und des „Fit for 55“-Pakets, insbesondere des EU-Emissionshandels (ETS), der Lastenteilungsverordnung (ESR), der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED) und der Energieeffizienzrichtlinie (EED), gefordert.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607200018** (PDF - 21 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 250.001 bis 260.000 Euro
Zuschuss des Kinder- und Jugendplan des Bundes (Nat. und Int. Globalmittel) und
Projektmittel: Gedenkstätten Ausfahrt nach Auschwitz
2. **Bundesamt für Naturschutz**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn
Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro
Jugenddelegation zur CBD und COP und Projektmittel HandelnJetzt!

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

720.001 bis 730.000 Euro